
Dokumentation Bürgerveranstaltung zum #1 Zwischenkolloquium „Das Ohr an den Obergutachtern“

Am: 22.10.2018
Im: Raum der Stadtwerkstatt Berlin (1.OG-Empore), Karl-Liebknecht-Str. 11, 10178 Berlin
Zeitraum: 17:00 – 20:00Uhr
Teilnehmende: Planungs-Teams, Koop5, Obergutachtergremium, Stadtgesellschaft (ca. 25 Personen)

1) Vorstellung der Planungen

- Planungs-Team: Ines Dobosic für Cobe Berlin Prof. Dipl.Ing. Christiane Sörensen Landschaftsarchitekten
Klare Nutzungstrennung von Rathaus der Zukunft, Wohnen und „Initiativ-Pavillons“. Phasen-Modell der sukzessiven Bebauung.
- Planungs-Team: Stephan Schwarz für ISSSresearch&architecture, Octagon Architekturkollektiv, Man Made Land
Synergetische Nutzungsdurchmischung aller Baukörper in 3 Varianten:
- Super Hybrid - MAX NUTZUNGSMIX
 - Plug&Play - ANBAUEN + WEITERBAUEN
 - Slim Towers - MINIMUM FOOTPRINT
- Planungs-Team: Urs Krumberger / Gerko Schröder für Tele-Internet-Café und Treibhaus
Starke EG-Nutzung durch Sockelgeschoss, 3 starke Quartiers-Anker (Plätze), starkes „Gassen-Konzept der fußläufigen Durchwegung des Quartiers“.

2) Vorstellung der Obergutachter-Ergebnisse

Durch den Vorsitzenden des Obergutachtergremiums, Rudolf Scheuvs:

Das Gremium war sehr zufrieden mit den ersten Ergebnissen der Planer-Teams. Jedes Team, bekam konkrete Anregungen, wie es sich in der kommenden Atelier-Phase vertiefend mit seinem Entwurf auseinander setzen soll. Insgesamt wurde im Gremium auch auf ein breites Spektrum an Varianten geachtet, sodass beispielsweise ISSSresearch&architektur zwei der vorgestellten Varianten zu Gunsten der Variante des maximalen Nutzungsmix vernachlässigen soll. Für die zweite Atelierphase gab das Obergutachtergremium den Planer-Teams mit auf den Weg sich stärker mit der Ausdifferenzierung der Erdgeschosszone und auch der äußeren Kontur zu befassen. Dabei sollen vor allem für den Übergang zwischen Bestand und Neubau Vorschläge erarbeitet werden.

3) Moderierte Diskussion

In der anschließenden Diskussion gab es verschiedenen Themenbereiche, die angesprochen wurden. Dazu gehören:

Die Nutzung der Erdgeschosszone:

- Markus Bader (ZKB): Die alleinige Bespielung und Bewirtschaftung der EG Zone durch die Initiative erachtet er für schwer machbar. Gerade im Hinblick auf eine Post-Einzelhandels-Gesellschaft im E-Commerce Zeitalter stellte er die Frage wie eine Erdgeschosszone dann aussehen kann und welche Rolle sie übernimmt. Fraglich sei daher, ob die gesamte Erdgeschosszone öffentlich sein könne und nicht auch Orte der Alltagsnutzung integriert werden müssen.
- Frauke Gerstenberg (ZKB): Die öffentliche Nutzung, zumindest für einen Teil des Erdgeschosses, ist noch offen. Sie stellte die Frage, wie diese Flächen aussehen können.

- Herr Kühne (SenSW): Er plädierte für die doppelte Sockellösung (EG+1.OG.), wie sie durch die DDR-Planung gerade um den Alexanderplatz prägend ist. Diese sollte mit einer sehr „alltagsnahen Funktionalität“ bespielt werden. Dazu gehören z.B. Nutzungen durch Kitas und Schulen und nicht nur durch Kommerz. Entsprechend äußerte er den Wunsch zu überlegen, was möglich ist (Turnhalle, Schwimmbad, Schul-/Kitanutzung etc.). Referenzen einzuholen und Worst/Best Practise Beispiele (mit Blick nach Paris, Wien, Zürich etc.) vergleichend heranzuziehen, dass könne dabei sehr aufschlussreich sein.
- Anwohnerin: Einer der teilnehmenden Anwohnerinnen antwortete auf die Frage, was sie sich hinsichtlich der Erdgeschossbespielung wünsche, das es generell an Angeboten fehle. Nahezu aller Art - von Nahversorgung durch Einzelhandel (EZH) bis zum fußläufigen Café – wünsche sie sich mehr Möglichkeiten. Auch der Wunsch nach alternativen Einkaufsmöglichkeiten, als Kontrast zu den großen EZH-Ketten am Alexanderplatz, sei groß. Zusätzlich fehle es an Orten der Begegnung, Orten an denen sich auch junge und ältere Menschen treffen können.
- Seniorenvertreterin Berlin Mitte: Sie äußerte stellvertretend den Wunsch nach Erdgeschosszonen, die „ortsgebunden und flexibel“ sind. Darunter werde verstanden, dass es einerseits eine klare Ortsspezifität in der Nutzung geben soll (lokale Bedarfe), aber die Architektur so angelegt sein müsse, das sie sich verändern/anpassen kann, wenn sich nach 10 Jahren die Nutzungen grundlegend ändern. Generationsübergreifende Treffpunkte und Nutzungen sollen mitgedacht werden. Zusätzlich bestehe der Wunsch zukünftig ausschließlich barrierefreie Wohnungen anzubieten (mit breiten Türen für Rollstühle/Kinderwägen).
- Anwohner: Es bestehe ein großer Wunsch nach Öffnung der Erdgeschosszonen. Viele der ehemaligen Nutzungen (Karl-Marx-Allee.) seien mit der Wende verschwunden und würden nur zum Teil durch andere Nutzungen ersetzt. Diese seien nicht immer für die Anwohner*innen von Belang (viele Galerien). Es bestehe der Wunsch die Leerstände und neuen Räume stärker an die Alltagsnutzungen (Schule, Kita, Begegnung etc.) auszurichten und hier auch bewusst Verschneidungen z.B. Schule und Kunst etc. zu schaffen, um neue Treffpunkte und „Orte“ im Quartier zu generieren.
- Anwohner: Wie dieser Ort belebt werden könne, wenn er durch eine solche riesige Verkehrsader von der Innenstadt getrennt ist, wurde generell infrage gestellt. Diese Anmerkung konnte in der Runde nicht abschließend geklärt werden.
- Herr Schwarz (ISSSresearch&architecture):Er plädierte für die offene und flexible Gestaltung der Erdgeschosszone, um keine zu starke Nutzungstrennung (vgl. 60er/70er Jahre) zu schaffen und die Anpassungsfähigkeit (E-Commerce etc.) sicher zu stellen. Um der Ungewissheit von zukünftigen Bedarfen gerecht zu werden, können flexible Trägerschaften eine Möglichkeit sein.
- Frau Menge (WBM):Die Besonderheit der WBM, die als kommunale Wohnungsbaugesellschaft neben 30.0000 Wohneinheiten auch ca. 280.000 qm Gewerbeflächen in ihrem Portfolio hat, ist die große Erfahrungen mit gewerblichen Nutzungen vor allem in den zentralen innerstädtischen Lagen. Dementsprechend sehen auch wir die Initiative nicht als ausschließliche Bespielerin der Erdgeschoßzonen. Dennoch hören wir in den unterschiedlichen Formaten des Werkstattverfahrens genau hin, welche Bedarfe und Potentiale aus Sicht der angrenzenden Nachbarschaft und Stadtgesellschaft an uns herangetragen werden. Das sind wertvolle Erkenntnisse für uns, um die Potentiale für die Erdgeschosszonen zu identifizieren.

Die Ausgestaltung und die Lage von öffentlichen Plätzen:

- Frau Menge (WBM): Sie plädierte für die qualitätvolle Nutzung der Plätze und Freiräume. Dazu erinnerte sie an das positive Beispiel der Bespielung des Platzes vor dem Haus A mit der „Stadtmatratze“ von der Initiative während der Kick-Off Veranstaltung. Trotz der lärm- und verkehrsbelasteten Kreuzung wurde gezeigt, dass mit wenigen Eingriffen auch ein so unwirtschaftlicher Ort zum Verweilen und Begegnen genutzt werden kann und welches Potential er hat.

Die synergetische Nutzungsmischung / Rathaus der Zukunft:

- Herr Gothe (Bezirk):Für die Verwaltung spiele die Verschiebung hin zum Internet eine große Rolle, sodass Bürger*innen zukünftig deutlich mehr Anliegen online erledigen können und sich die Ausgestaltung von Verwaltungen ändern werde. Gleichzeitig werden viele Anforderungen an Arbeit/Arbeitgeber gestellt, wie z.B. das Vorhandensein von Betriebs-Kitas, Pendlerduschen und –umkleiden etc.). Entsprechend können bestimmte Räumlichkeiten (z.B. Konferenzräume im Erdgeschoss) und Infrastrukturen (z.B. Kitas, Duschen) von mehreren Trägern genutzt werden. Auch unter dem Gesichtspunkt der Lebendigkeit könne dies wertvolle Effekte haben. Durch die gemeinsame Nutzung, könne das „Verweisen“ des Quartiers am Abend vermindert werden
Resümierend erläuterte Herr Gothe daher auf die Frage, wie ein Rathaus der Zukunft und seine Nutzung aussehen, wenn die Bürger*innen „Behörden-Gänge“ von zu Hause aus erledigen können, folgende drei Thesen bzw. Ansprüche:

- Es werde weiterhin ein Bedürfnis der Bürger nach Begegnung geben. Das heißt für das Rathaus, dass eine Anlaufstelle in Form eines Bürgeramtes stets gegeben sei müsse.
- das Rathaus müsse ein Gebäude sein, das flexibel umgenutzt werden kann.
- Mobilität werde sich sehr stark verändern und die entsprechende Infrastruktur müsse in den Entwürfen ersichtlich sein (E-Mobilität, Fahrrad, etc.)

Die BIM plant im Bestand die Unterbringung des Finanzamtes. Wie im Bestand mit Flexibilität und wechselnden sich verändernden Nutzungsansprüchen umgegangen werden?

- Frau Deppe (BIM): Den Anmerkungen von Herrn Gothe zum zukünftigen Wandel von Verwaltungen unterstützt sie. Sicher sei, dass auch die Arbeitsformen in einem Finanzamt nicht mehr von der Typologie des Verwaltungsbaues geprägt sein müssen, sondern sich öffnen können. Der Wunsch Konferenzräume auch über die reine Verwaltungsnutzung hinaus zu öffnen, sei also gegeben. Nichtsdestotrotz habe ein Finanzamt hochvertrauliche Akten, weshalb gemeinsame Raumnutzungen vorrangig in der Erdgeschosszone denkbar sein, Büroräume der oberen Etagen müssen, zumindest mit Blick auf die gegenwärtige Rechtslage, der BIM vorbehalten werden.

Einbezug des Fassadenwettbewerbs:

- Anwohner: In dem aktuellen städtebaulichen Verfahren sei nicht deutlich, wie die Ergebnisse des Fassadenwettbewerbs einfließen.
- Frau Deppe (BIM): Die Zusammenarbeit mit dem Büro de+ architekten, die den Siegentwurf konzipierten, bestehe weiter und fließe auch in den städtebaulichen Entwurf ein.

4) Gemeinsamer Ausklang

Im Anschluss an die Diskussion hatten alle Anwesenden die Möglichkeit bei Getränken und Snacks nochmals in den Dialog zu treten. Die ausgestellten Entwürfe und Modelle der Planer-Teams lieferten hierzu Anregungen.

Detaillierte Informationen zu den Entwürfen und Ergebnissen der Planer-Teams und des Obergutachtergremiums können aus der Dokumentation des Zwischenkolloquiums entnommen werden.







